



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Mobilität  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Baldus  
E-mail: [Johannes.Baldus@wiesbaden.de](mailto:Johannes.Baldus@wiesbaden.de)

Wiesbaden, 02.03.2023

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Mobilität  
am Donnerstag, 9. März 2023, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften
2. Bericht Radschnellwege Wiesbaden-Mainz und Wiesbaden-Frankfurt  
- Berichterstattung von Dezernat V -

ANLAGE: Beschluss Nr. 0379 der Stadtverordnetenversammlung vom 06.09.2018

### **3. Flatrate-Tickets für Wiesbaden**

#### **3.1 23-V-05-0062**

Einführung des Schülertickets Hessen WI 15

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 07.03.2023 -

#### **3.2 23-F-63-0033**

Auswirkungen des Deutschland-Tickets auf das Wiesbadener Tarifsystem

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 01.03.2023 -

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den Sachstand zur Einführung des bundesweiten 49-Euro-Tickets (Deutschland-Ticket), sowie des hessenweiten 31-Euro-Tickets für Geringverdienende (Hessenpass mobil) darzulegen sowie zu berichten, über welche Vertriebswege die Tickets von der Wiesbadener Bevölkerung erworben werden können und welche Auswirkungen sich daraus auf das übrige Tarifsystem der ESWE Verkehr ergeben.
2. über den Stand zur Reduktion des Preises der Kundenkarte/S mit Blick auf das geplante 49-EUR-Ticket zu berichten.
3. zu berichten, welche Auswirkungen sich auf das Job-Ticket für städtische Angestellte ergeben.
4. über die Umsetzung des Beschlusses 0574 der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 2021 zur Einführung des Schülertickets Hessen WI15 zu informieren.

#### **4. 23-F-89-0002**

Bewohnerparken neu gestalten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Freie Wähler/pro Auto vom 01.03.2023 -

In Wiesbaden gibt es aktuell 19 Parkgebiete für ein Bewohnerparken. Vielfach kommt es für Inhaberinnen und Inhaber der Bewohnerparkausweise zu der Situation, dass in ihrem Parkgebiet keine freien Parkplätze zur Verfügung stehen, aber in dem benachbarten Parkgebiet schon. Diese Situation betrifft vor allem Bewohnerinnen und Bewohner, die am Rand ihres Parkgebietes wohnen und in Sichtweite freie, aber für sie nicht nutzbare Parkplätze in einem anderen Parkgebiet bemerken. Statt nun den freien Parkplatz zu nutzen, müssen diese weiter in ihrem Parkgebiet auf der Suche nach einem freien Parkplatz umherfahren. Dies führt zu einer höheren Umweltbelastung, Stress und Zeitverlust für die Pkw-Fahrerinnen und Pkw-Fahrer sowie am Ende häufig auch zu einem verbotswidrigen Abstellen des Pkws in dem eigenen Parkgebiet.

Auch ist für die Inhaberinnen und Inhaber der Bewohnerparkausweise nicht nachvollziehbar, wie groß die Chance auf einen Parkplatz in ihrem Parkgebiet ist, da regelmäßig mehr Bewohnerparkausweise veräußert werden als Parkplätze vorhanden sind. Erkauft wird somit nur die Chance, einen Parkplatz zu erhalten. Diese Chance sinkt durch jeden weiteren

Bewohnerparkausweis in dem Parkgebiet. Beachtenswert ist dies vor allem, da in Wiesbaden in den letzten Jahren nicht weniger Pkws zugelassen wurden, sondern stattdessen mehr.<sup>1</sup>

Zugleich kam es im letzten Jahr zu einer Verzehnfachung der Gebühr für einen Bewohnerparkausweis. Diese massive Erhöhung stellt für viele Personen einen harten Einschnitt dar, da die Lebenshaltungskosten im letzten Jahr bereits stark gestiegen waren. In den Parkgebieten leben viele Personen, die aber auf einen Pkw angewiesen sind. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren, aber vor allem die arbeitende Bevölkerung ist von dieser massiven Gebührenerhöhung betroffen.

Ob die letztjährige Erhöhung bereits das Ende der Gebührenerhöhung war, steht noch nicht fest. Auch steht weiter im Raum, dass eine Staffelung der Gebühren nach Größe und Gewicht der Fahrzeuge vorgenommen werden soll.<sup>2</sup> Diese Staffelung wird damit begründet, dass die Größe des Pkws Rückschlüsse auf die Einkommensverhältnisse zulassen. Betroffen wären aber auch hier Familien mit vielen Kindern, aber auch Personen, die ebenso auf einen größeren Pkw angewiesen sind.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1 ein Konzept zu erstellen, dass eine Verbesserung der Parkmöglichkeiten für die Bewohnerinnen und Bewohner (vor allem am Rand der Parkgebiete) vorsieht bzw. eine Verringerung des Parksuchverkehrs ermöglicht;
- 2 zu berichten, wie viele Parkplätze in den einzelnen Parkgebieten tatsächlich zur Verfügung stehen und wie viele Bewohnerparkausweise pro Parkgebiet tatsächlich veräußert wurden;
- 3 zu berichten, ob in den nächsten Jahren eine weitere Erhöhung der Gebühren für das Bewohnerparken geplant ist;
- 4 zu berichten, ob weiterhin eine Staffelung der Gebührensätze für schwere und größere Pkws geplant ist;
- 5 ein Konzept zu erstellen, dass eine Reduzierung der Gebühren (wie z. B. für Familien, Seniorinnen und Senioren) vorsieht;
- 6 zu berichten, ob ein Rückgang der Anträge auf Erteilung eines Bewohnerparkausweises durch die drastische Erhöhung der Gebühren zu verzeichnen ist;
- 7 die unter 1. und 5. erstellten Konzepte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Mobilität vorzustellen.
- 8 zu berichten, wie die Gebietsauslastung in den jeweiligen Parkgebieten aktuell ist bzw. in 2022 war (Darstellung analog der Vorlage: 05-V-66-0213)

---

<sup>1</sup> [Kfz-Statistik für Wiesbaden: Wie sind Wiesbadener unterwegs? | Wiesbadener Kurier \(wiesbadener-kurier.de\)](https://www.wiesbadener-kurier.de)

<sup>2</sup> [PIWi - Politisches Informationssystem Wiesbaden - Sitzungsvorlagen - Sitzungsvorlage 22-V-05-0015](#)

## 5. 23-F-63-0034

Erlaubbare Stadt - ein für den Fußverkehr freundliches Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 01.03.2023 -

Das Gehen ist die nachhaltigste und effizienteste Form der Mobilität. Wer sich zu Fuß durch den öffentlichen Raum bewegt, der erlebt die unmittelbare Umgebung viel intensiver und fördert die Kommunikation sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ein ausgeprägter Fußverkehr belebt die Innenstädte und stärkt die lokale Wirtschaft. Hier hat Wiesbaden ein großes Potenzial: 54 % der Wiesbadener:innen laufen in die Innenstadt<sup>3</sup>. Insgesamt liegt der Anteil Fußverkehrs in Wiesbaden bei rund 30 %. Der Fußweg sollte möglichst immer die direkteste und kürzeste Verbindung zum Zielort sein. Eine für Fußgänger:innen freundliche Infrastruktur bedeutet gleichzeitig auch eine Aufwertung des öffentlichen Raums und der Aufenthaltsqualität in der Stadt. So muss also eine sichere und ansprechende Infrastruktur für den Fußverkehr ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Verkehrspolitik sein. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Durchführung des Projekts "Gut gehen lassen" seitens des Fachverbands FUSS e.V. in Bierstadt und blicken den Ergebnissen des Projekts sowie den folgenden Empfehlungen für Wiesbaden entgegen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,  
die Ergebnisse des Projekts "Gut gehen lassen" in Wiesbaden Bierstadt und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen dem Ausschuss für Mobilität vorzustellen.

## 6. 23-F-63-0032

Damit Busse besser durchkommen: Parkverstöße stärker ahnden  
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 01.03.2023 -

Die Pünktlichkeit und Robustheit des Wiesbadener Bussystems hängt maßgeblich davon ab, dass die Busse auf stark befahrenen Abschnitten über eine eigene Fahrspur verfügen - nur so bleiben sie auch bei starkem Verkehrsaufkommen pünktlich. Dafür müssen die Spuren auch entsprechend freigehalten werden. Neben der Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, beeinflusst die zu erwartende Strafe maßgeblich die Bereitschaft, falsch zu parken. In Wiesbaden sind die meisten Spuren wahlweise als Busspur (mit Radfreigabe) oder als Radspur (mit Busfreigabe) ausgestaltet. Der derzeitige Bußgeldkatalog ahndet beide Varianten im Falle von Falschparkern aber unterschiedlich stark. Während das Bußgeld bei beiden Ausführungen gleichermaßen zwischen 55 und 100 Euro schwankt, gibt es für (behinderndes) Parken auf einem Radweg einen Strafpunkt - auf Busspuren hingegen nicht.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Abschnitte, die heute als Busspur (ggf. mit Radfreigabe) ausgestaltet sind, am häufigsten von Falschparkern beeinträchtigt werden,
2. nach dem Prinzip "worst first" sukzessiv stark beeinträchtigte Busspuren, wo verkehrstechnisch möglich, in Radspuren mit Busfreigabe (Umweltspuren) umzuwandeln.

Das primäre Ziel der Umwandlung soll die Freihaltung der Fahrspur von Falschparkern sein.

<sup>3</sup> Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden Juli 2022, Wiesbadener Innenstadt im Wandel, Anhang "Verkehrsmittelwahl der Innenstadtbesucher/-innen

- über den Stand des Beschlusses 0120 des Ausschusses für Mobilität vom 02.12.2021 ("DashCams: Busspuren effektiver Freihalten")<sup>4</sup> zu berichten

## 7. 23-F-69-0016

Umfrage zur Zufriedenheit der Mitarbeiter von ESWE Verkehr - Ergebnisse und Schlussfolgerungen  
-Antrag der Fraktionen FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 01.03.2023 -

Am 17.12.2022 erschien im Wiesbadener Kurier ein Artikel, der auf eine Mitarbeiterumfrage aus dem Herbst 2022 Bezug nimmt. Dort wird über Ergebnisse der Umfrage berichtet und von Seiten ESWE Verkehr eine zeitnahe Veröffentlichung der Ergebnisse angekündigt. Die Ergebnisse dieser Mitarbeiterumfrage werden im Artikel angedeutet.

Eine Veröffentlichung dieser Ergebnisse oder eine Reaktion seitens des Magistrats auf diese Umfrage, um die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern, sind nicht bekannt. Einzig die Opposition aus Freien Demokraten und CDU hat bisher konkrete und taugliche Vorschläge zur Verbesserung der Mitarbeiterzufriedenheit bei ESWE Verkehr vorgelegt, die aber durch die Linkskooperation abgelehnt wurden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- die Ergebnisse der Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit dem Ausschuss vorzustellen und hierzu auch Vertreter des Betriebsrats von ESWE Verkehr einzuladen.
- darzulegen, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen der Umfrage bereits gezogen wurden und die entsprechenden Maßnahmen zu präsentieren.

## 8. 23-F-15-0006

Nahverkehrsplanung  
-Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 28.02.2023 -

Im Nachgang zum letzten Mobilitätsausschuss stellen sich noch einige Fragen. Berichtet wurde dort primär von der Zusammenarbeit mit dem Rheingau-Taunus-Kreis.

Allerdings wurde nicht berichtet, wie die Zusammenarbeit mit den angrenzenden Kreisen Main-Taunus-Kreis und dem Kreis Groß-Gerau, sowie der Landeshauptstadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen

Der Mobilitätsausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge berichten:

- In welcher Weise der Main-Taunus-Kreis und der Kreis Groß-Gerau in die Gespräche mit eingebunden sind,
- ist auch an einer Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen und weiterer möglicher Kreise gedacht,
- ist eine weitere Einbindung der Ortsbeiräte über die bereits stattgefundenene Onlineveranstaltung am 25.01.2023 geplant?

---

<sup>4</sup> <https://piwi.wiesbaden.de/antrag/detail/2835549>

## 9. Fahrzeugflotte ESWE-Verkehr

### 9.1 23-V-05-0059

Fuhrparkstrategie ESWE Verkehr

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 07.03.2023 -

### 9.2 22-F-69-0073

Zukunft des Fuhrparks von ESWE Verkehr

- Antrag der Fraktionen von FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 23.11.2022 -

ANLAGE:

Beschluss Nr. 0003 des Ausschusses für Mobilität vom 26.01.2023

### 9.3 22-F-15-0022

Wasserstoffbusse

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 22.11.2022 -

ANLAGE:

Beschluss Nr. 0004 des Ausschusses für Mobilität vom 26.01.2023

## 10. Verschiedenes

### Tagesordnung II

#### 1. 22-V-66-0230

DL 05/23-5

Wellritzstraße - Umbau Fußgängerzone

#### 2. 22-V-66-0208

DL 20/22-15

Haltepunkt Wallauer Spange - Freigabe von Planungsmitteln

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Kraft**  
**Vorsitzender**